



Bankenaufseher Sanio, AHBR in Frankfurt am Main: „Heute muss eine endgültige Lösung her“

BANKEN

Die Jumbo-Krise

Mit der milliarden schweren Rettungsaktion für die gewerkschaftseigene Hypothekenbank AHBR wurde der GAU auf dem Pfandbriefmarkt in letzter Minute verhindert.

So eine turbulente Krisensitzung wie am vorvergangenen Donnerstag in Frankfurt hat es im Finanzgewerbe selten gegeben. Bis in die Morgenstunden ging es um die Zukunft der gewerkschaftseigenen Allgemeinen Hypothekendarlehenbank Rheinboden AG (AHBR) – und um den Ruf des Finanzplatzes Deutschland.

Jochen Sanio, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), und Edgar Meister, der für die Aufsicht des Kreditgewerbes zuständige Vorstand der Deutschen Bundesbank, kämpften mit offenem Visier für eine milliarden schwere Rettungsaktion. „Heute muss eine endgültige Lösung her“, forderte Sanio ultimativ die versammelten Großbanken auf.

Lange weigerte sich die Deutsche Bank, ihren Beitrag zu leisten, am Ende gab sie nach. Sie stiftete wie Dresdner Bank, Commerzbank, HypoVereinsbank (HVB) und Postbank jeweils 500 Millionen Euro (SPIEGEL 46/2005).

Mit der teuren Rettungsaktion konnte eine der größten Krisen im deutschen Finanzwesen seit dem Zweiten Weltkrieg erst einmal abgewendet werden. Niemals zuvor stand ein Institut mit einer Bilanzsumme von fast 80 Milliarden Euro so kurz vor dem Kollaps – und Teile des deutschen Fi-

nanzmarktes so knapp vor einem verheerenden Erdbeben. Gegen einen Zusammenbruch der AHBR hätte sich die Pleite der Herstatt-Bank im Jahr 1974 wie ein kleiner Unfall ausgenommen.

Auch so ist die Lage schlimm genug. Vor allem für die Gewerkschaften: Der Niedergang ihrer Hypothekenbank wird sie nach Branchenschätzungen rund 2,5 Milliarden Euro kosten, er gibt dem einst milliarden schweren Imperium der Holding Beteiligungsgesellschaften der Gewerkschaften AG (BGAG) den Rest.

Knapp 25 Jahre nach dem Skandal um die Schieflage der Immobiliengesellschaft Neue Heimat lösen sich jetzt die letzten großen Besitztümer des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsorganisationen in Luft auf. Dank Notverkäufen der BGAG-Reste – wie der Wohnbaugesellschaft BauBeCon an internationale Finanzinvestoren, die Gewerkschafter ansonsten gern als Heuschrecken verunglimpfen – bleibt der Arbeiterlobby der endgültige finanzielle Ruin zwar vorerst erspart. Aber die Streikkassen sind ausgetrocknet.

Die Kernschmelze in den Bilanzen von IG Metall & Co. lässt sich spätestens seit dem 25. Oktober nicht mehr als isolierte

Angelegenheit der BGAG betrachtet. Da löste die Ad-hoc-Mitteilung der Hypothekenbank, dass nach dem Verkauf der Bausparkasse BHW an die Postbank auch eine „vollständige Liquidation“ der AHBR möglich sei, auf den Finanzmärkten heftige Verwerfungen aus.

Denn die AHBR ist zwar dem breiten Publikum kaum bekannt, aber im billionenschweren Geschäft mit Pfandbriefen – Zinspapieren, die durch Grundpfandrechte oder Kredite an staatliche Schuldner abgesichert sind – zählt sie zu den Marktführern. Bei Jumbo-Pfandbriefen mit einem Mindestvolumen von einer Milliarde Euro ist sie die drittgrößte Emittentin.

Ausgerechnet bei diesem Produkt, das als Exportschlager des deutschen Finanzmarktes gilt, kam es nach der AHBR-Mitteilung zu einem GAU: Die Großbanken stellten den Handel ein. Für AHBR-Papiere im Wert von rund 40 Milliarden Euro gab es keinen Markt mehr. „Für ein bis zwei Tage wurden für die Jumbo-Emissionen teilweise keine Preise mehr gestellt“, bestätigt Louis Hagen, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken, „das war sehr peinlich.“ Inzwischen können Anleger wieder verkaufen, aber der Handel zwischen den Banken liegt auf Eis.

Offiziell ist die Panne mit der Infusion von 2,5 Milliarden Euro durch die Finanzindustrie und eine bisher geheim gehaltene Zahlungsverpflichtung der Gewerkschaften behoben, die sie noch einmal viele hundert Millionen Euro kostet. „Ich glaube an den deutschen Pfandbrief“, sagt BaFin-Chef Sanio. Manche Marktteilnehmer sind ihm dankbar, dass er mit viel schauspielerischer Finesse die Krise herunterredet. Andere werfen der BaFin vor,

dass sie das seit über drei Jahren bekannte Problem nicht früher entschärft hat.

Beseitigt ist es noch immer nicht. Die Rating-Agentur Standard & Poor's wertete die unbesicherten Verbindlichkeiten der AHBR vergangene Woche ein zweites Mal ab. Ausländische Banken haben kurzfristige Verbindlichkeiten fällig gestellt.

Die AHBR besorgte sich in der Vergangenheit nicht nur Geld mit der Ausgabe gedeckter Pfandbriefe. Weit über eine Milliarde Euro holten sich die Gewerkschaftsbanker mit der Ausgabe von Genussscheinen, stillen Einlagen oder sogenannten nachrangigen Anleihen.

Im Falle eines Untergangs der Bank sind die Genussscheine, die stillen Einlagen und die nachrangigen Anleihen besonders gefährdet. Die Börsenkurse dieser Papiere sackten nach der Ad-hoc-Meldung um bis zu 65 Prozent ab. Bei der Hamburger Volksfürsorge stehen 25 Millionen Euro auf dem Spiel, die Versicherung DEVK hat Außenstände von 20 Millionen Euro, die genossenschaftliche DZ Bank kommt auf Risiken im dreistelligen Millionenbereich.

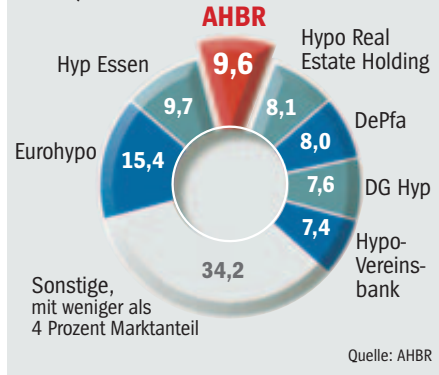
Auslöser der aktuellen Notlage sind waghalsige Spekulationsgeschäfte der Gewerkschaftsbank. Im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 gingen die Bankmanager gigantische Wetten auf die künftige Zinsentwicklung ein: Mit Hilfe komplizierter Derivatkonstruktionen

Jumbo-Pfandbriefe

Marktanteile in Prozent

Gesamtvolumen 31. Aug. 2005

390,7 Mrd. Euro



setzten sie auf steigende Zinsen – doch die fielen immer weiter. Das Vertrackte an den teilweise sehr lang laufenden Verträgen ist: Je länger die Zinsen unten bleiben, desto höher ist die Rechnung.

Hier waren keine Betrüger am Werk, sondern Dilettanten, die gar nicht wussten, was sie da anstellten. Und ihre Kontrolleure im BGAG-Aufsichtsrat, meist die Kassenswerte der Gewerkschaften, merkten nichts.

Die BaFin wurde bereits 2002 misstrauisch. Am 25. November 2002 mussten die

AHBR-Vorstände Vertretern der Bundesbank und der BaFin Rede und Antwort stehen. Die Wirtschaftsprüfer von der KPMG monierten, dass die Bank in der Öffentlichkeit ein positives Ergebnis zeige, „tatsächlich werden ohnehin negative Ergebnisse der Zukunft noch einmal mehr belastet und damit noch negativer“.

In einer Präsidialausschusssitzung des Aufsichtsrats vom 23. Januar 2003 war bereits von einer zusätzlichen Deckungslücke im Jahr 2005 die Rede, weil die Vorsorge-reserven bis dahin aufgebraucht seien. Die BaFin ermittelte am 10. März 2003, so ein internes Protokoll, „aufgrund der durchschnittlichen Struktur der Zahlungsströme“ einen Bedarf von 960 Millionen Euro.

Angesichts der gewaltigen Summen nahm sich BaFin-Präsident Sanio im Frühjahr 2003 die Aktionäre der Bank, also die Gewerkschaftsholding BGAG und den von der BGAG und dem Deutschen Beamtenbund kontrollierten Baufinanzierer BHW, vor. BHW und die Gewerkschaften mussten sofort 450 Millionen Euro nachschießen, nachdem sie im Jahr zuvor schon 200 Millionen Euro bezahlt hatten. Außerdem verlangte Sanio von ihnen eine Patronatserklärung.

Als dann Ende 2004 das Geld wieder knapp wurde, forderte die BaFin weitere 600 Millionen Euro, zahlbar bis spätestens 31. Januar 2005. Gewerkschafter wie DGB-Chef Michael Sommer, DGB-Vize Ursula

Engelen-Kefer oder IG-Metall-Chef Jürgen Peters, teilweise gar persönliche Anteilseigner der Treuhandgesellschaften, über die die Gewerkschaften letztlich die BGAG besitzen, reagierten verschreckt.

Viele Einzelgewerkschaften und der DGB, 20-Prozent-Eigentümer der BGAG, konnten nicht mehr. Die IG Metall übernahm den Löwenteil des Sanierungspakets und ließ sich zum Ausgleich ihres Engagements Optionen auf von der BGAG gehaltene Beteiligungen übertragen (SPIEGEL 30/2005).

Doch die Zerschlagung der BGAG, für die der Metaller Peters einen Insolvenzexperten sowie den ehemaligen VW-Manager Norbert Maßfelder engagierte, zog sich hin. Insbesondere das BHW wollte niemand haben, weil ein Käufer dann auch die Risiken der Tochter AHBR hätte übernehmen müssen.

Als sich Gerüchte um einen Liquiditätsengpass bei der Hypothekenbank immer mehr verdichteten, musste Sanio handeln. Er drohte den Eignern der AHBR mit der Schließung der Bank, wenn nicht schleunigst Geld hereinkomme. Daraufhin ging es Schlag auf Schlag. Innerhalb weniger Tage wurden die Reste der Neuen Heimat namens BauBeCon an den Fonds Cerberus



Gewerkschafter Sommer, Peters: Schlag auf Schlag

weiterverkauft. Die Postbank bekam die BHW zum Schleuderpreis, wie gewünscht ohne die Hypothekenbank. Allerdings wurde die Postbank von der BaFin für deren Rettungsaktion zwangsverpflichtet.

Kurz vor dem BHW-Verkauf trat der Einlagensicherungsfonds der privaten Banken unter Führung von Bankpräsident Klaus-Peter Müller zusammen. Den privaten Kreditinstituten blieb nichts anderes übrig, als dem Konkurrenten zu helfen.

Deutsche Banken refinanzieren sich mit Hilfe von Pfandbriefen. Wenn der Markt in Verruf gerät, müssten alle Banken mehr zahlen.

Doch die Gewerkschaften sind das Problem damit nicht los. Im letzten von der BGAG veröffentlichten Geschäftsbericht für das Jahr 2003 steht, dass sich die BHW verpflichtet, „den Bundesverband deutscher Banken von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten der AHBR entstehen“. Auch die BGAG wird entsprechend in die Pflicht genommen, sie musste auf Geheiß der BaFin 200 Millionen Euro auf ein Sonderkonto hinterlegen.

In den nächsten Wochen muss eine Lösung her. Wahrscheinlich wird die Bank unter Zahlung einer hohen Mitgift an einen Finanzinvestor verkauft. Der US-Investor Lone Star ist bereit, das ganze Institut zu übernehmen und dann peu à peu abzuwickeln.

Insbesondere Bankenpräsident Müller, in Personalunion Chef der Commerzbank, kämpft für die Sicherung der Liquidität bei der AHBR. Sein Engagement ist nicht ganz uneigennützig: Er kaufte in der vergangenen Woche die Eurohypo – den größten weltweiten Emittenten von Pfandbriefen.

BEAT BALZLI, CHRISTOPH PAULY